

Schriftliche Frage Nr. 230 vom 20. November 2017 von Herrn Balter an Herrn Ministerpräsident Paasch bezüglich der Meinungsumfrage zum Autonomieausbau der Deutschsprachigen Gemeinschaft¹

Frage

Das GrenzEcho veröffentlichte am 16. November einen Artikel bezüglich der Übertragung neuer Befugnisse von der Wallonischen Region an die Deutschsprachige Gemeinschaft. So sollen Wohnungsbau, Raumordnung und Energie bald zu den Zuständigkeiten der DG gehören. Willy Borsus, Ministerpräsident der wallonischen Region beteuerte, er wolle den Prozess nicht verzögern und die Übertragungen so schnell wie möglich ausführen. In der Regierungserklärung vom 18. September 2017 betonten Sie, im Zusammenhang mit der Zuständigkeitsfrage, dass es „fahrlässig wäre“, die Meinung mancher Bürger zu ignorieren, die der Übertragung von weiteren Zuständigkeiten an die DG kritisch gegenüber stehen. Sie sprachen auch davon, dass die Kritik sehr ernst genommen würde. Die Vivant-Fraktion zweifelt hinsichtlich der neuesten Entwicklungen an dieser Aussage. In diesem Sinne wäre es interessant zu erfahren, wie die Bürger der deutschsprachigen Gemeinschaft aktuell zu dem Bestreben nach weiteren Kompetenzübertragungen stehen. Im Jahre 2014 sprachen sich nämlich weniger als ein Drittel der Bürger für den Ausbau der Kompetenzen aus. Zudem waren mehr als die Hälfte der Befragten der Ansicht, dass die DG genug politische Befugnisse habe und keine weiteren hinzukommen sollten. Die Politik darf sich nicht über den Willen der Bürger hinwegsetzen. Nur wenn sich die Menschen in der DG ausdrücklich für einen Autonomieausbau aussprechen, und sichtlich einen Mehrwert erkennen, sollte dieser auch angestrebt werden.

Meine Fragen an Sie lauten daher wie folgt:

1. Wie ist Ihrer Meinung nach die gegenwärtige Ansicht der Bürger bezüglich der Übertragung weiterer Zuständigkeiten an die DG? Hat sich seit 2014 diesbezüglich etwas verändert? Können Sie Ihre Aussagen belegen?
2. Wurde eine erneute Meinungsumfrage zu den Kompetenzübertragungen an die DG durchgeführt? Wenn ja, wie sind die Resultate ausgefallen? Wenn nein, warum nicht? Bitte nennen Sie Gründe für das Nichtdurchführen einer solchen Meinungsumfrage.
3. Wenn keine Meinungsumfrage durchgeführt wurde, haben Sie vor eine erneute Umfrage in Auftrag zu geben? Wenn ja, wann?
4. In diesem Zusammenhang wird auch immer wieder, und dies zu Recht, der Fachkräftemangel angesprochen und die Konkurrenz der öffentlichen Einrichtungen zur Privatwirtschaft. Wie ist Ihre Meinung hierzu?

Antwort

Es stimmt, dass nicht alle Bürger unsere positive Grundeinstellung teilen, dass unsere Gemeinschaft ihre Autonomie weiter ausbauen und dazu weitere Zuständigkeiten von der Wallonischen Region übernehmen sollte. Diese Kritik nimmt die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft durchaus ernst.

Auf der anderen Seite bedeuten zusätzliche Kompetenzen für die Deutschsprachige Gemeinschaft weder zusätzliche Kosten für den Steuerzahler noch notwendigerweise zusätzlichen Verwaltungsaufwand für den Bürger.

Bisherige Übernahmen von Kompetenzen, sei es vom Föderalstaat oder von der Wallonischen Region, haben ausnahmslos immer zum Abbau von Bürokratie geführt.

¹ Die nachfolgend veröffentlichten Texte entsprechen den hinterlegten Originalfassungen.

Gute Beispiele dafür finden wir in der mittelfristigen Vergangenheit in den Bereichen Unterrichtswesen und Lokale Behörden, in denen unnötige administrative Hürden beseitigt und nötige administrative Wege drastisch vereinfacht und verkürzt wurden.

Das beste Beispiel in jüngster Vergangenheit liefert die Übertragung der Beschäftigungspolitik von der Wallonischen Region aus dem Jahr 2015. Sie beweist, dass es möglich ist, in eigener Zuständigkeit eine kohärente und an die speziellen Bedürfnisse unserer Gemeinschaft angepasste Politik zu gestalten.

Alle Sozialpartner, Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen und auch der WSR haben das in diversen Stellungnahmen bekräftigt.

Wir nutzen unsere Kompetenzen, um Abläufe zu vereinfachen und maßgeschneidert und bürgernah handeln zu können und um das dafür zur Verfügung stehende Geld effizient zu investieren.

Das war bei allen bisherigen Zuständigkeitsübertragungen so und wird es auch bei zukünftigen bleiben.

Nach wie vor hat also die Grundsatzentscheidung aus dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 27. Juni 2011 Bestand und Berechtigung, in der fünf von sechs im Parlament vertretenen Fraktionen (leider nicht die des Fragestellers!) bekräftigen, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft bereit, gewillt und in der Lage ist, mit jeweils angemessenen Finanzmitteln oder Finanzierungsmöglichkeiten alle Zuständigkeiten wahrzunehmen, die den belgischen Gliedstaaten im Rahmen der Staatsreform bisher übertragen wurden oder in Zukunft übertragen werden.

Dies gilt im Besonderen für die Zuständigkeiten Raumordnung und Wohnungsbau. Wir begrüßen ausdrücklich die angekündigte Bereitschaft der Wallonischen Region, uns die Befugnisse Wohnungsbau, Raumordnung und Energie übertragen zu wollen. Das Verhandlungsangebot der Wallonischen Region kommt überraschend; aber es birgt die womöglich einmalige Chance, die Resolution unseres Parlamentes vom 6. Mai 2002 zu einem beachtlichen Teil umzusetzen.

Das noch vor diesem Sommer nicht zu erwartende Zeitfenster, das sich für diese Übertragungen aufgetan hat, ist äußerst kurz. Wir haben vor, dieses Zeitfenster optimal zu nutzen. Die Verhandlungen zum Wohnungsbau sind schon weit fortgeschritten und die zur Übertragung der Raumordnung beginnen noch in diesem Jahr. Wir werden diese einmalige Chance für unsere Gemeinschaft nutzen.

Gerade die Raumordnung ist ein ausgesprochen wichtiges Instrument zur Gestaltung einer kohärenten Regionalentwicklungspolitik. Mit einer eigenen Raumordnungsgesetzgebung werden wir eine drastische Vereinfachung der administrativen Prozeduren, eine Kürzung der Bearbeitungsfristen und eine Stärkung der Autonomie unserer Gemeinden erreichen.

Die Übertragung der Energiepolitik hatten wir nicht gefordert. Allerdings beinhalten gerade die energiepolitischen Zuständigkeiten hochinteressante Verbindungen sowohl zur Raumordnung als auch zum Wohnungsbau.

Wir würden mit dieser Kompetenz endlich über jene Instrumente verfügen, die uns dabei helfen würden, in Sachen Energie zu einer Modellregion zu werden.

Wie weit wir mit den Verhandlungen zu diesem Thema in dieser Legislaturperiode kommen können, bleibt abzuwarten.

Eines steht für uns fest: Wir werden keine unkalkulierbaren Risiken für unsere Gemeinschaft in Kauf nehmen. Bei jeder Zuständigkeitsübertragung achten wir selbstverständlich darauf, dass die Finanzierung stimmt.

Der Erhalt und der Ausbau unserer Autonomie bilden einen sehr konkreten Mehrwert für die Menschen, die hier leben. So war es bisher, so wird es auch bleiben.

Hier wurden hunderte Millionen EUR in Schulen, Altenheime, Krankenhäuser, Schwimmbäder, Kirchen, Gemeindehäuser, Bauhöfe, Tourismus, Jugendheime, Sport- und Kulturanlagen, usw. investiert, die in diesem Maße ohne die Deutschsprachige Gemeinschaft, die ohne unsere Autonomie nie und nimmer in unsere Region investiert worden wären.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft hat hierzulande in den letzten Jahrzehnten mehr als 700 Dienstleistungen für die Menschen geschaffen, die es ohne unsere Autonomie hier gar nicht gäbe. Schon gar nicht in deutscher Sprache.

Womöglich sind diese Mehrwerte noch nicht allen Leuten im Bewusstsein. Die Menschen vom Mehrwert unserer Autonomie zu überzeugen, das bleibt für uns alle also eine dauerhafte Aufgabe.

Daran sollten wir alle, parteiübergreifend, verstärkt arbeiten.

Dass wir offensichtlich auf dem richtigen Weg dazu sind, beweist eine Studie der Universitäten Gent und Chemnitz, die vor Kurzem durchgeführt worden ist. Die Autoren haben zwar leider nur in Eupen Fragebögen verteilt aber dennoch insgesamt 129 Antworten erhalten. Ihr Titel: „An Insiders' Outside Perspective on the Flemisch-Walloon Conflict: The role of Identification and Disidentification for the German-Speaking Minority“ In dieser sozial-psychologischen Studie untersuchen die Autoren Frank Asbrock von der Uni Chemnitz und Alain Van Hiel von der Uni Gent die Meinung der Bürger der Deutschsprachigen Gemeinschaft zum Sprachenkonflikt zwischen den Wallonen und den Flamen.

Den Autoren fiel dabei die hohe Identifikation der Ostbelgier mit ihrer Gemeinschaft im gesamtbelgischen Kontext auf. Besonders bemerkenswert: die Ergebnisse zeigten, dass die Identifikation mit der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit Forderungen nach mehr Autonomie der Gemeinschaft innerhalb des föderalen belgischen Staates verbunden war. Die meisten der Befragten befürworten eine Übertragung weiterer Befugnisse innerhalb der staatlichen Struktur des Landes an die Deutschsprachige Gemeinschaft.

Die gesamte Studie ist auf der Webseite der Fachzeitschrift „Psychologica Belgica“ zu lesen.

Seitens der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist seit der Forsa-Umfrage von 2014 bisher keine neue allgemeine Meinungsumfrage nach ähnlichem Muster erfolgt. Im kommenden Jahr plant die Regierung eine Neuauflage. Die Verwaltung ist augenblicklich dabei, Angebote bei den gängigen Meinungsforschungsinstituten einzuholen.

Eine demokratisch gewählte Regierung wie die unsrige kann jedoch nicht – wie vom Fragesteller suggeriert – für jede ihrer Entscheidungen erst einmal eine Meinungsumfrage starten. Nein, sie muss in der ihr auferlegten Verantwortung handeln und Entscheidungen treffen, die sie für opportun befindet.

Ganz sicher gilt dies gerade jetzt nach der Verkündung durch die neue wallonische Regierung, der Deutschsprachigen Gemeinschaft solch wichtige Befugnisse wie den Wohnungsbau und die Raumordnung übertragen zu wollen. Zwei Befugnisse, die die Deutschsprachige Gemeinschaft schon seit anderthalb Jahrzehnten von der Wallonischen Region einfordert.

Zur Erinnerung für den Fragesteller sei noch erwähnt, dass gemäß unserer Verfassung bereits im Frühjahr 2019 wieder eine groß angelegte allgemeine Meinungsumfrage mit dem Namen „Wahlen zum Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ stattfinden wird. Bei dieser „Umfrage“ haben dann alle ostbelgischen Bürger ab 18 Jahren die

Möglichkeit, ihre Meinung zur Qualität der Politik in Ostbelgien kund zu tun. Unter anderem auch darüber, ob es gut oder schlecht für uns ist, unsere Autonomie zu festigen und dort noch auszubauen, wo es für unsere Menschen Sinn macht und Vorteile bringt. Die aktuellen Koalitionspartner haben vor den letzten Wahlen keinen Hehl daraus gemacht, dass sie sich für die Übertragung des Wohnungsbaus und der Raumordnung an die Deutschsprachige Gemeinschaft einsetzen würden. Im Gegenteil : die Forderung nach Übertragung dieser Zuständigkeiten stand explizit im Wahlprogramm von ProDG, SP und PFF. Wir sind gewählt worden, um dieses Programm bestmöglich umzusetzen. Genau das tun wir jetzt. Wir stehen zu unserer Verantwortung.

Der zunehmende Fachkräftemangel in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist ein Thema, das die Regierung sehr ernst nimmt.

Viele Arbeitgeber in Ostbelgien suchen händeringend nach qualifizierten Arbeitskräften. Die Liste der sogenannten Mangelberufe ist lang. In diesen Berufsbildern sind offene Stellen nachweislich schwer zu besetzen. Mit Blick auf die demografische Entwicklung in Ostbelgien ist eine weitere Zuspitzung des Fachkräftemangels wahrscheinlich.

Die Regierung hat vor einigen Wochen ein Konzept zum „Bündnis für Fachkräfte Ostbelgien“ genehmigt und sich bereit erklärt, die für die Betreuung des Bündnisses notwendigen Ressourcen bereitzustellen.

Die Regierung stellte sich den Fragen: Wie kann sie dem Fachkräftemangel noch gezielter entgegen treten? Welche Hebel sind in unserer Region besonders effizient? Welche Kräfte können aktiviert werden?

Das Konzept „Bündnis für Fachkräfte Ostbelgien“ schlägt den Fahrplan für die Fachkräftesicherung vor. Im Konzept wird einleitend die Ausgangslage geschildert. Anschließend wird dargestellt, was ein Bündnis für Fachkräfte leisten kann. Kernstück des Konzeptes ist die Projektskizze in drei Phasen und die Beschreibung der Arbeitspakete. Abschließend wird ein Ausblick auf mögliche Dienstleistungsaufträge gegeben.

Das Konzept Bündnis für Fachkräfte Ostbelgien ist in folgende drei Phasen gegliedert:

PHASE 1 - Vorbereitung (Sept.2017-Dez.2017):

Schwerpunkte: Grundlagenwissen aufbauen, externe Begleitung auswählen, Projektplanung vertiefen, erste Kontakte zu den Bündnispartnern.

PHASE 2 - Aufbau (2018):

Schwerpunkte: Fachkräfte-Monitoring aufbauen, Bestandsaufnahme der bestehenden Initiativen, Handlungsfelder und Aktionen mit den Bündnispartnern ausloten.

PHASE 3 - Umsetzung (ab 2019):

Schwerpunkte: Strategische Ausrichtung festlegen, Kooperation formalisieren, Aktionen priorisieren, Aktionsplan verabschieden, Implementierungen.